

„Öffentliche Dienste zwischen Neutralität und Verantwortung“

Von Nina Louis

9. Oktober 2026, 12:47





Wie können öffentliche Dienste und soziale Einrichtungen rechtspopulistischen und rassistischen Aussagen entschieden begegnen? Was bedeutet Neutralität, wenn Menschen abgewertet und demokratische Grundwerte infrage gestellt werden? Diesen Fragen widmete sich der Fachtag „Zwischen Neutralität und Verantwortung: Wie öffentliche Dienste mit rechtspopulistischen und rassistischen Narrativen konfrontiert werden“. Veranstaltet wurde er gemeinsam vom Netzwerk der Düsseldorfer Integrationsagenturen.

Das Thema betrifft den beruflichen Alltag ebenso wie das gesellschaftliche Zusammenleben. Rassistische und rechtspopulistische Erzählungen schüren Vorurteile, grenzen Menschen aus und können Diskriminierung zunehmend als normal erscheinen lassen. Ihnen entgegenzutreten, ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe von Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und Zivilgesellschaft. Der Fachtag verband dazu wissenschaftliche Einordnungen mit rechtlichen Fragen aus der Praxis.

Bereits in ihrer Begrüßungsrede betonte **Marion Warden, Vorstandsvorsitzende der AWO Düsseldorf und Vertreterin der liga wohlfahrt**, dass eine klare demokratische Haltung auch konkrete Konsequenzen für die Praxis braucht. „Wir brauchen Schulungen zur Sensibilisierung von Mitarbeitenden, unabhängige Beschwerdestellen, die Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und wir brauchen mutige Vertreter*innen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die sich für die Sache stark machen und keine Angst haben, zur Not den Finger in die Wunde zu legen.“

Prof. Dr. Fabian Virchow erläuterte in seinem Vortrag, wie solche Erzählungen wirken: Sie bieten scheinbar einfache Erklärungen für komplexe Entwicklungen, wecken Gefühle und benennen vermeintlich Schuldige. So können sie das Bild davon prägen, wer dazugehört und welche Positionen als akzeptabel gelten – auch wenn ihre Aussagen wenig mit den Tatsachen zu tun haben. Vorgestellt wurden zentrale Erzählmuster der extremen und populistischen Rechten und ihre Bedeutung in aktuellen gesellschaftlichen Debatten.

Rechtsanwältin Kristina Gottschalk, LL.M.oec. richtete den Blick auf Beschäftigte: Welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn Mitarbeitende demokratische Grundwerte missachten oder einer Partei angehören, die gegen diese Werte verstößt? Behandelt wurden Fragen der Einstellung ebenso wie die Voraussetzungen einer möglichen Entlassung. Auch die Besonderheiten von Wohlfahrtsverbänden und wichtige Anforderungen für die Praxis kamen zur Sprache.

Moderiert wurde der Fachtag von Dirk Sauerborn, langjähriger Kontaktbeamter der Düsseldorfer Polizei für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Mit der gemeinsamen Fachtag machten die Düsseldorfer Integrationsagenturen von AWO Caritas, DRK, Diakonie, der Jüdischen Gemeinde und Des Paritätischen zugleich ihre enge Zusammenarbeit über Trägergrenzen hinweg sichtbar. Sie bündeln Wissen und Erfahrungen, greifen gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam auf und unterstützen Fachkräfte dabei, sicher und verantwortungsvoll zu handeln. Ihr gemeinsames Ziel ist es, Teilhabe zu fördern und Diskriminierung abzubauen.

Der Fachtag unterstrich: Rassistische Abwertung darf nicht unwidersprochen bleiben. Menschenwürde und demokratischer Zusammenhalt brauchen eine klare Haltung – und Menschen und Institutionen, die gemeinsam dafür eintreten.

Über die Düsseldorfer Integrationsagenturen

Die Integrationsagenturen unterstützen die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie fördern Begegnung und ehrenamtliches Engagement, beraten Einrichtungen und setzen sich gegen Diskriminierung ein.